

Grußwort

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich darf Sie herzlich willkommen heißen im Hause der Deutschen Bundesbank und freue mich sehr, ein kurzes Grußwort halten zu dürfen. Mein Name ist Andreas Schuler, ich bin stellvertretender Leiter des Stabs von Frau Dr. Staab hier im Hause und darf Sie herzlich grüßen. Wir würden uns freuen, wenn Sie den heutigen Aufenthalt hier im Hause genießen können und wünsche Ihnen einen erkenntnisreichen fachlichen Austausch.

Thematischer Überblick

Und damit wären wir auch schon beim fachlichen Teil des heutigen Tages – Ihrem Workshop. Wie ich Ihrem Tagungsprogramm entnommen habe, stehen eine ganze Reihe von aktuellen Themen auf Ihrer heutigen Agenda. Besonders bereichernd finde ich es, dass Sie diese Themen aus interdisziplinärer Sicht beleuchten wollen. Gerade das kommt in heutigen Diskussionen – wie viele meiner Kolleginnen und Kollegen und ich finden – viel zu kurz. Gleichzeitig bin ich mir aber sicher: Sie haben sich damit keine einfache Aufgabe vorgenommen. Denn wenn ich mir die zentralen Begriffe in Ihrem Programm so anschau – Wachstum, Wohlstand, Verteilungsfragen, Nachhaltigkeit usw. – kann ich Ihnen versichern, dass es sich dazu auch »nur« innerhalb der Ökonomenzunft vortrefflich diskutieren lässt – dazu bedarf es noch gar keines interdisziplinären Austauschs. Von daher wünsche ich Ihnen bereits an dieser Stelle ein gutes Gelingen bei Ihrem heutigen Vorhaben. Die Themengebiete, die Sie sich vorgenommen haben, sind aber auch für unser Haus von Interesse. Einige der zentralen Themen – nämlich Wachstum, Wohlstand und Nachhaltigkeit – möchte ich daher herausgreifen und kurz aus Sicht der Bundesbank kommentieren.

Wachstum

Beginnen wir mit dem Wachstum. Es ist selbsterklärend, dass wir als geldpolitische Autorität stets einen Blick auf das Wirtschaftswachstum in unserem Wirtschaftsraum, dem Euroraum, haben. Speziell für Deutschland hat die Bundesbank vor zwei Wochen ihre jüngste Deutschlandprognose vorgelegt. Nach Einschätzung unserer Prognostiker fasst die deutsche Wirtschaft nach rund zweijähriger Schwächephase langsam wieder Tritt. Das kalenderbereinigte reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) legt demnach im laufenden Jahr um 0,3 Prozent zu. Für das kommende Jahr erwarten die Fachleute ein Wirtschaftswachstum von 1,1 Prozent, für 2026 von 1,4 Prozent. Nachdem das BIP im ersten Quartal 2024 um 0,2 Prozent gestiegen ist, wird für das laufende Quartal eine ähnliche Wachstumsrate erwartet. Laut des Berichts sollte die Erholung der Dienstleister noch an Breite und Kraft gewinnen, wenn auch vom privaten Konsum wieder Impulse kommen. Darauf deuten die verbesserten ifo-Indikatoren zur Geschäftslage und Geschäftserwartung hin. Die Unternehmensinvestitionen gehen hingegen wohl vorerst weiter zurück. In der Industrie ist angesichts der noch schwachen Auftragseingänge kurzfristig keine durchgreifende Belebung zu erwarten. Immerhin dürfte die Produktion in den energieintensiven Branchen ihre Aufwärtsbewegung fortsetzen. Auch von der Automobilindustrie dürften begrenzte Wachstumsimpulse ausgehen.

Im dritten Quartal erwarten wir, dass die Konjunktur noch einen Gang höher schalten wird. Dann dürfte sich der Konsum weiter festigen, und vor allem sollten von der Industrie stärkere Impulse kommen. Wir gehen davon aus, dass die Wirtschaft 2025 mit etwas höherem Tempo wachsen wird. 2026 sollte sich das Wachstum dann noch etwas verstärken und die Wirtschaft wird wieder in etwa ihr Produktionspotenzial erreichen. Getragen wird die Expansion zunächst weiterhin vom privaten Konsum und den Exporten. 2026 werden dann erstmals wieder spürbare Impulse von privaten Investitionen hinzukommen.

Für uns ebenso bedeutsam wie das Wachstum der volkswirtschaftlichen Produktion ist das Wachstum der Verbraucherpreise – und damit sind wir bei der Inflation. Bei der Bekämpfung der hohen Inflation infolge der Aufhebung der Corona-Beschränkungen und des Beginns des Ukraine-Kriegs befinden wir uns inzwischen auf der letzten Meile, die sich allerdings – wie so oft – als die hartnäckigste erweist. Die Inflationsrate, gemessen am Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI), dürfte von jahresdurchschnittlich 6,0 Prozent im vergangenen Jahr auf 2,8 Prozent im laufenden Jahr sinken. Vor allem die Teuerung von Energie und Nahrungsmitteln sollte in diesem Jahr erheb-

lich nachlassen. Allerdings erweist sich die Inflation als hartnäckig, vor allem bei den Dienstleistungen. Dabei spielen die kräftig steigenden Löhne und der davon ausgehende Kostendruck eine wichtige Rolle. Die Tarifverdienste werden im laufenden Jahr besonders stark steigen und nach unserer Ansicht auch danach weiter deutlich zunehmen. Die höheren Arbeitskosten werden insbesondere im kommenden Jahr auch bei den Nahrungsmittelpreisen zu Buche schlagen. Dann wird sich nach unserer aktuellen Prognose auch Energie wieder etwas stärker verteuern. Insgesamt erwarten wir für 2025 einen leichten Rückgang der Inflationsrate auf 2,7 Prozent. Im Jahr 2026 soll die Teuerung dann deutlicher auf durchschnittlich 2,2 Prozent sinken. Die Kernrate (ohne Energie und Nahrungsmittel) geht indes nur zögerlich zurück, auf 3,1 Prozent im laufenden Jahr, auf 2,5 Prozent im kommenden Jahr und auf 2,3 Prozent im Jahr 2026. Dieser langsamere Verlauf des Disinflationsprozesses bei der Kernrate liegt vor allem an den kräftig steigenden Arbeitskosten. So werden die Tarifverdienste ab 2025 zwar deutlich weniger stark steigen, aber weiterhin kräftig zulegen. Die Effektivverdienste werden im Projektionszeitraum derweil durchgängig noch etwas stärker als die Tarifverdienste steigen.

Wohlstand

Eng mit dem Thema Wachstum verbunden ist der Wohlstand, den wir in einem Land sehen. Für ein außenhandelsorientiertes Land wie Deutschland hängt der Wohlstand natürlich eng vom Ausmaß des Handels mit seinen internationalen Wirtschaftspartnern ab. In der Vergangenheit hat Deutschland stark von der Globalisierung profitiert. Doch aktuell mehrten sich die Stimmen, die von einer Deglobalisierung sprechen. Damit ist insbesondere die Gefahr gemeint, dass der weltweite Handel sich zunehmend in Blöcke aufteilt, sodass bestimmte Länder nur noch mit anderen bestimmten Ländern handeln und die durch den freien Außenhandel generierten Wohlfahrtsgewinne zunehmend verloren gehen. Als stark vom Export abhängiges Land trübe dies Deutschland besonders hart.

Was also tun? Natürlich geht eine erhöhte Resilienz der inländischen Wertschöpfungsketten nicht mit weniger, sondern mit mehr Außenhandel einher. Handel mit mehreren Ländern schafft Diversifikation und vermindert Risiken. Gleichzeitig bleiben die Wohlfahrtsgewinne, die der internationale Handel schafft, zu einem großen Teil erhalten. Eine andere, weniger optimale, aber dennoch sinnvolle Option – der Ökonom würde sagen, die sogenannte »se-

cond-best«-Lösung – ist die Fokussierung auf strategische Allianzen. Und welche Allianz läge hier näher als die Europäische Union? Eine wesentliche Antwort auf die drohende Deglobalisierung liegt daher in unseren Augen in einer stärkeren Kooperation innerhalb der EU, beispielsweise in Form der Kapitalmarktunion. Die Chancen der Kapitalmarktunion, eines gemeinsamen europäischen Kapitalmarktes, sind groß. Ein tiefer, liquider Kapitalmarkt erleichtert es, privates Kapital zu mobilisieren. Und das benötigen wir in großem Umfang, um die ökologische und digitale Transformation der europäischen Wirtschaft zu forcieren. Die Europäische Kommission schätzt den zusätzlichen Investitionsbedarf auf über 745 Milliarden Euro – pro Jahr wohlgemerkt. Der Löwenanteil wird von privaten Akteuren zu stemmen sein. Auch für uns als Bundesbank wäre ein integrierter Kapitalmarkt in der EU von Vorteil. Einerseits unterstützt er die einheitliche Geldpolitik im Euroraum, indem er dazu beiträgt, dass die geldpolitischen Impulse gleichmäßig im gesamten Währungsraum wirken. Andererseits werden bei einem wirtschaftlichen Schock in einem Mitgliedstaat Folgekosten über das gesamte Währungsgebiet hinweg abgedeckt. Insofern trägt eine umfassendere private Risikoteilung auch zur Finanzstabilität bei.

Nachhaltigkeit

Eben hatte ich bereits das Erfordernis der nachhaltigen Transformation der europäischen Wirtschaft angesprochen. Das Thema Nachhaltigkeit ist eines, das Sie heute ebenfalls diskutieren wollen – zumindest hatte ich den Begriff »Naturverbrauch« in Ihrer Agenda gesehen. Nachhaltigkeit ist aber auch ein Thema, das die Bundesbank umtreibt. Grundsätzlich sind bei diesem Thema und insbesondere bei der Bekämpfung des Klimawandels vor allem die Wirtschafts- und Steuerpolitik gefordert, wirksame Instrumente zu konzipieren und einzusetzen. Aus ökonomischer Sicht ist insbesondere ein CO₂-Preis eine sinnvolle Maßnahme. Ein höherer CO₂-Preis setzt klare Anreize, ökologische Kosten durch Verhaltensänderungen oder technische Innovationen zu reduzieren.

Trotz der federführenden Rolle von Regierungen und Parlamenten ist klar: Beim Schutz des Klimas ist die gesamte Gesellschaft gefragt. Dazu gehören auch die Notenbanken. Als Bundesbank leisten wir bereits in vielfacher Hinsicht einen Beitrag zum Klimaschutz. Und wir werden unsere diesbezüglichen Maßnahmen in den kommenden Jahren weiter intensivieren. Ein konkretes

Beispiel ist unsere Bankenaufsicht: Gerät der Kreditnehmer einer Bank aufgrund von schlagend werdenden Klimarisiken in Zahlungsschwierigkeiten, ist auch die finanzierende Bank unmittelbar betroffen. Es liegt daher im ureigenen Interesse der Finanzinstitute, diese Risiken zu antizipieren und klug zu agieren. Darauf zu achten, dass Risiken – also auch klimabezogene – tatsächlich von den Banken hinreichend berücksichtigt werden, gehört zu den grundlegenden Aufgaben der Zentralbanken. Daher halten wir die Institute als Bankenaufseherin dazu an, Klimarisiken vollständig in ihr Risikomanagement, ihre Geschäftsstrategie und ihre interne Organisation zu integrieren. Nur wenn Banken alle Risiken adäquat angehen, bleiben sie stabil und können darüber hinaus ihren wichtigen Beitrag zu einer nachhaltigen Transformation leisten.

Schluss

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie sehen: Die zentralen Themen, die Sie heute diskutieren wollen, lassen sich nicht nur – um Ihr Programm zu zitieren – aus Sicht der Wirtschaftswissenschaften, der Soziologie, der Philosophie, der Umwelt- und Klimawissenschaften und der Politikwissenschaften diskutieren, sondern auch aus Sicht einer Notenbank. Persönlich bin ich der Auffassung, dass es nicht nur einer interdisziplinären Diskussion der einzelnen Begriffe bedarf, sondern auch einer simultanen Betrachtung dieser Konzepte, da diese – wie aus Sicht der Bundesbank dargestellt – untereinander zusammenhängen.

Ich freue mich daher sehr, dass Sie heute hier zusammengekommen sind, um dieser komplexen Thematik Rechnung zu tragen, und wünsche Ihnen nun einen gelungenen Workshop.

Dr. Andreas Schuler, Deutsche Bundesbank, Hauptverwaltung in Baden-Württemberg

